Nr. 94 XXVIII. Jahrgang · Freitag, 9. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 37, 17 1 08. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Franzosen in Frankfurt

Von unserm W-Mitarbeiter

Frankfurt a. M., 8. April. (Eig. Drahtbericht) Die Franzosen haben am Dienstag 5 Uhr vormittags die Stadt Frankfurt besetzt. Sie kamen von Mainz aus mit Panzerautomobilen, Tanks und zahlreichen Truppenverbänden, Marokkanern und Tunesiern, an. Etwa ein halbes Dutzend Flieger kreisten über der Stadt. Die Franzosen besetzten den Hauptbahnhof, die Hauptwache, die Post, das Schauspielhaus und die Reichsbank. Am ersten Tag verlief alles ruhig. Gestern entstand plötzlich das Gerücht, daß infolge amerikanischen Protestes gegen die Besetzung die Franzosen um 6 Uhr Frankfurt verlassen würden, und es entstand eine große Unruhe in der Bevölkerung. Den ganzen Tag war der Schillerplatz, wo sich eine starke marokkanische Wache befand, von Hunderten von Neugierigen umlagert worden. Als nun die Wache aufzog, wurde sie gehänselt und einzelne Marokkaner wurden belästigt. Der französische Offizier gab nun den Befehl zum Feuern. Mit einem Maschinengewehr wurde in die Menge geschossen. Dabei wurden sechs Personen, darunter ein Kind von sechs Jahren und eine Frau und vier jugendliche Personen von 18 bis 20 Jahren getötet und 35 Personen verletzt, darunter mehrere schwer.

Die Menge wurde außerordentlich erregt. Es entstand ein großer Tumult. Man verlangte die Herausgabe des Offiziers. Als dieser sich in einem Panzerautomobil zum „Frankfurter Hof" begab, wurde das Automobil von der Menge umringt und der Offizier bedroht. Es wurde darauf wieder geschossen und ein Kind getötet. Es sollen angeblich drei französische Soldaten in dem Gedränge getötet worden sein. Dieses Gerücht ist nicht bestätigt worden. Die Sicherheitswehr ist von den Franzosen entwaffnet worden und wurde in das Lager von Griesheim bei Darmstadt gebracht. Die Gerüchte konnten nur dadurch entstehen, daß das Erscheinen der Zeitungen verboten war. Sie dürfen heute wieder erscheinen ohne Zensur, doch ist den Redakteuren eine Geldstrafe von 15 000 bis 20 000 M. angedroht, wenn sie falsche Nachrichten bringen, außerdem Gefängnisstrafe.

Die Franzosen wollen die Ausübung des Polizeidienstes selbst übernehmen. Der Straßenverkehr wurde von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends festgelegt. Alle Personen über 14 Jahre müssen mit einem Ausweis mit Photographie versehen sein. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben an den General Degoutte einen Protest gerichtet, welcher lautet:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung als die berufenen Vertreter der Frankfurter Bürgerschaft legen feierlich Verwahrung gegen die dem Friedenszustand widersprechende Besetzung der Stadt Frankfurt ein. Sie erwartet einmütig mit der gesamten Bevölkerung, daß der völkerrechtliche und gesetzmäßige Zustand alsbald wiederhergestellt wird.

Die drei Mehrheitsparteien haben sich diesem Protest angeschlossen und namentlich Einspruch gegen den ersten Satz des französischen Aufrufs erlassen, in dem behauptet wird, die Berliner Regierung habe unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angeordnet. Dadurch habe sie eine der wesentlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt.

Es wird darauf hingewiesen, daß alle politischen Parteien, einschließlich Unabhängigen und Kommunisten, die Reichswehr zu Hilfe gerufen haben, und es kann kein Zweifel bestehen, daß die Polizeitruppen aus dem neutralen Teil des Ruhrgebietes zurückgenommen werden, sobald die Entwaffnung der Verbrecherbanden durchgeführt ist und damit die Aufrechterhaltung der Ordnung den gewöhnlichen Sicherheitsorganen überlassen werden kann. Die Proklamation des französischen Oberkommandierenden versichert, daß die französischen Truppen nur zur vorübergehenden Besetzung nach Frankfurt kommen und daß sie sich jeden Eingriffs in die Rechte der Bevölkerung enthielten. Daher erhebt die Bevölkerung entschieden Einspruch gegen die Verhängung des Belagerungszustandes, die Aufhebung der Postfreiheit und die Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte.

Das Verhalten der Frankfurter

* **Frankfurt a. M., 8. April.** Infolge der gestrigen blutigen Ereignisse herrscht unter der Frankfurter Bevölkerung eine maßlose Erregung. Die Besatzungstruppen sollen bereits eine große Zahl von Personen verhaftet haben, die sich mißliebig über die Franzosen geäußert hätten. Zum Teil scheinen die Zwischenfälle auf bedauerliche Unbesonnenheit der Zivilbevölkerung zurückzuführen zu sein. So berichtet ein Augenzeuge u. a. folgendes:

Im Hofe des Hauptpostamtes war eine Abteilung Alpenjäger angetreten, umgeben von einer vielköpfigen Menge. Der Griff „Gewehr über" wurde mit aufgepflanztem Seitengewehr geübt, klappte aber sehr schlecht, so daß er wiederholt werden mußte. Die umstehende Zivilbevölkerung begann zu johlen, zu lachen und zu pfeifen. Sogleich rissen die Alpenjäger das Gewehr von den Schultern, fällten das Bajonett und stürzten sich auf die zurückweichende Menge. Viele Personen wurden umgerissen, getreten und verletzt. Ein Arbeiter wurde von französischen Soldaten festgenommen. Unterwegs verlangte die Menge, die immer mehr anschwoll, stürmisch die Freilassung des Gefangenen, und bewarf die Franzosen mit Holzstücken und Blechbüchsen. Eine Abteilung farbiger Soldaten eilte mit gefälltem Bajonett herbei und säuberte die Straße.

Der französische Kommissar für Darmstadt

Beim Staatspräsidenten Ulrich in Darmstadt sprach Oberst Wimpffen in Begleitung eines französischen Verbindungsoffiziers vor und teilte mit, daß er von der hohen interalliierten Kommission in Koblenz beauftragt sei, die Verbindung zwischen der hessischen Regierung, der Bevölkerung, den hiesigen Besatzungstruppen, dem französischen Oberkommando und der hohen Kommission in Koblenz herzustellen. Der Staatspräsident wiederholte seinen Einspruch gegen die Besetzung, die er als unzulässig und ungerecht betrachten müsse, da sie mit dem Friedensvertrage und dem Rheinlandsabkommen nicht vereinbar sei. Von Oberst Wimpffen wurde wiederholt zugesichert, daß die hessische Regierung in ihrer Amtstätigkeit und dem Verkehr mit den Reichsbehörden vollkommen frei und unbehindert bleibe, daß die Besetzung von Darmstadt sobald als möglich eine wesentliche Verringerung erfahren und daß nach Möglichkeit eine den Zuständen in dem bisherigen besetzten Gebiet entsprechende Lage geschaffen werden soll.

Zusammenstöße auch in Hanau

Kassel, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Hanau ist es gestern in Hanau zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Besatzung gekommen. Es gab acht Verwundete. Auch in Hanau ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Chauvinistische Ankündigungen

Genf, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" zufolge soll die Besetzung der Stadt Frankfurt vorläufig drei Monate dauern. Der „Matin" glaubt, daß der jetzigen Besetzung weitere folgen werden, und nennt als nächste zu besetzende Stadt Aschaffenburg.

Die Zustimmung der Kammer

Rotterdam, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Der Kammerausschuß für Auswärtiges hat in seiner Sitzung am 6. April die Erklärungen der Regierungen über die Besetzung der neutralen Zone durch Frankreich einstimmig gebilligt. Auch die Sozialisten erhoben keine Einwendungen.

Die alten Verleumdungen

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" zieht im Anschluß an die offizielle französische Haltung die Angaben der deutschen Regierung über die Stärke der im Ruhrgebiet operierenden Truppen in Zweifel. Mit allerhand Spitzfindigkeiten wird die Besetzung des Frankfurter Bezirks verteidigt und behauptet, die republikanische Regierung Deutschlands bediene sich derselben diplomatischen Kniffe, wie die Wilhelms II. und die Entschuldigungen seines Herrn v. Jagow oder Bethmann Hollweg würdig. Auf Grund der Ausführungen des „Times"-Berichterstatters in Berlin würde zwar behauptet, die Offiziere seien in Deutschland nicht mehr populär und das deutsche Volk habe den Geschmack an einem Militarismus in der Art Wilhelms II., Lüttwitz, Bauers, Ludendorffs verloren. Das bewirke aber nicht, daß Deutschland gegen die Pläne einer andern Clique immunisiert sei oder gegen die Wirkungen eines auf andre Art auftretenden Militarismus. Die bolschewistische Gefahr sei in Deutschland nicht sehr groß. (!) Eines aber sei sicher und das sei, daß der russische Kommunismus in einem geheimen Einverständnis mit dem preußischen Militarismus gefährlich geworden sei. (Wie reimt sich das zusammen? D. Red.) Es sei ziemlich sicher, daß Deutschland die militärische Organisation für die russische Rote Armee gestellt habe und daß nur die preußischen Militärs Interesse an der bolschewistischen Offensive gegen Polen hätten. Zum Schluß heißt es: Wollt ihr euch gegen die bolschewistische Gefahr sichern, dann entwaffnet den preußischen Militarismus!

Nicht minder bezeichnend für die französische Denkart ist folgende Ausführung des offiziösen französischen Nachrichtenbureaus Havas, das schreibt: „Man weiß jetzt in ganz Deutschland, daß die Franzosen gesonnen sind, die schärfsten Maßregeln zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt wird. In Frankreich hat die Entschlossenheit Millerands einstimmig Billigung gefunden. Hätte der französische Staat diese Vergewaltigung einer Hauptbestimmung des Vertrages geduldet, dann hätte er damit auf sämtliche Garantien und Wiedergutmachungen verzichtet. Am 10. April läuft der Vertrag vom 9. August 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. In vier Tagen also müssen sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Millerand erklärt Herrn Mayer in seinem gestrigen Schreiben, daß die Ausführung aufs schärfste überwacht werden wird."

Die Besetzung der neutralen Zone

* **Berlin, 8. April.** Wie das „B. T." erfährt, ist die Reichsregierung mit der Entente in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustabkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine starke Polizeitruppe dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu benötigen, begründet. Das ursprüngliche Abkommen, eine von Foch unterzeichnete Note vom 6. August, die auf die deutschen Vorstellungen erfolgte, hatte bis zum 10. April 1920 eine Militärmacht in der Stärke von 20 Bataillonen, zwei Batterien und zehn Eskadrons für die neutrale Zone zugebilligt.

Eine Erklärung der Sozialdemokratie

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veröffentlichen im „Vorwärts" eine Erklärung, wonach ihre Forderung auf Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone keineswegs so ausgelegt werden dürfe, als wollten sie damit die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt und andern Orten durch französische Truppen rechtfertigen. Sie verurteilen diese von Frankreich verübte Rechtsverletzung genau so wie die Reichsregierung und würden diese in ihrer Abwehr auf das energischste unterstützen.

+ **Berlin, 8. April.** (Eig. Drahtbericht.) Gestern sind die Vertreter der Mehrheitsparteien zu einer Sitzung mit der Regierung zusammengetreten, in der die neuen Forderungen der Gewerkschaften ausführlich erörtert wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß noch irgendwelche definitive Beschlüsse gefaßt werden, da die sozialdemokratische Fraktion erst morgen Freitag sich mit den Gewerkschaftsforderungen befassen wird.

Die Ansicht der Reichsregierung

Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung rechnet mit der Zurücknahme der Reichswehrtruppen aus der neutralen Zone bereits für die dritte Aprilwoche, sofern die bisherigen Maßnahmen militärische Unterbrechungen nicht mehr erleiden. Der Reichsminister des Aeußeren hatte am Mittwoch Besprechungen mit dem englischen und französischen Geschäftsträger. — Die Nationalversammlung wird sich in ihrer ersten Sitzung mit dem französischen Einmarsch in Frankfurt und Hanau zu befassen haben, da Anträge von den Rechtsparteien und vom Zentrum angekündigt sind.

Verstiegen

Eine gewisse Aehnlichkeit des französischen Handstreiches mit dem der Kapp und Lüttwitz kann nicht geleugnet werden. Hört man die Stimmen aus Frankreich selbst und dem übrigen Ausland, so glaubt man sich in die Märzmitte zurückversetzt; so sehr gleicht, von den beginnenden Folgen aus gesehen, die Eroberung Frankfurts der Eroberung Berlins. Ehrsüchtige soldatische Draufgänger, die nicht gewohnt sind, weiter als bis zum unmittelbaren Erfolg einer militärischen Handlung zu denken, wenn sie überhaupt denken können, übertragen ihren Geist auf eine Zivilregierung, die über dem raschen Erfolg vergißt, wie einsam eben dieser Erfolg sie machen muß. Sie hat, an dem Schauplatz ihres Handstreiches, die bewaffnete Macht, aber sie verfügt nicht über die nachströmenden Quellen der Macht. Sie hat das Gefühl, sich auf ihrem Erfolgsgipfel verstiegen zu haben. So beginnt sie, zu verhandeln, Erklärungen abzugeben, das Maßvolle ihrer Absichten zu betonen. Sie habe von Anfang gar keinen Umsturz, nur strenge Durchführung der gegebenen Verfassung (hier des Friedensvertrages) gewollt. Sie wolle überhaupt nicht bleiben und regieren, sondern abtreten, sobald der Zweck, Ordnung und Recht zu schützen, erreicht sei. Die Parteien seien geneigt, ihren guten Willen anzuerkennen, das Ausland habe Beweise seines Wohlwollens gegeben, finde sich, zum mindesten, mit der vollendeten Tatsache ab . . .

Ist das nicht heute genau so wie vor wenigen Wochen? Fast unmittelbar nach dem französischen Handstreich lesen wir, der Zweck der Gewalt ist ausschließlich der, auf das vertragsbrüchige Deutschland einen Druck auszuüben. Das Ende der Episode, schreibt „Journal", werde bezeichnet durch den Satz in Millerands Note, wonach die französischen Truppen zurückgezogen werden sollten, sobald die neutrale Zone von den Deutschen geräumt sei. Vom 10. April an habe Deutschland ohnehin kein Recht, Truppen in dieser Zone zu halten. Somit . . . Somit hat, wie Kapp nur an den verfassungsmäßigen Wahltermin, Frankreich nur an die Unverletzlichkeit des Versailler Vertrages gedacht.

Doch wie jeder Vergleich, stimmt auch dieser nicht ganz. Kapp-Lüttwitz begannen mit ihren Entschuldigungen aus dem Gefühl der Schwäche heraus. Millerand-Deroulède aber gebrauchen sie ebensosehr zur Bemäntelung ihrer Gewalt vor ihren „Freunden" im Ausland, wie zur Verschleierung ihrer wahren Absichten, die wir in den Agitationen auf das Rheinland und Ruhrrevier wohl kennen, aber die sich schwer materiell nachweisen lassen. Wie weit diese Versuche, die Ententefreunde für die radikale Politik Frankreichs zu gewinnen, Erfolg gehabt haben, läßt sich noch nicht genau feststellen. Bis jetzt scheint nur das Gegenteil eines Erfolges zu verzeichnen zu sein.

Schon die ersten vernehmbaren Stimmen aus den Frankreich verbündeten Ländern bewiesen, daß die Verbandsmächte, zum mindesten, nicht mitmachen würden. Unter ihnen war besonders Amerika fast unhöflich behandelt worden. Man hätte seiner Regierung am Ostermontag Kenntnis von dem bevorstehenden Handstreich gegeben, der in der ersten Morgenfrühe des Dienstag, also nach amerikanischer Zeit am Spätabend des Montag, bereits Ereignis war. Die Folge ist starke Verstimmung des Senats und ein beschleunigtes Schwinden der Neigung, den Militärvertrag zum Schutze Frankreichs gelten zu lassen. Amerika wird keinen seiner Soldaten an dem französischen Unternehmen teilnehmen lassen; noch weniger wird es dulden, daß Frankreich in die dem amerikanischen Besetzungsgebiet vorgelagerte Zone eindringt. Aehnliches gilt, trotz der deutschfeindlichen Sprache der „Times", für England.

Schärfer als im nahe verbündeten Großbritannien hat man sich in Italien geäußert. „Genug von Foch!" ruft „Secolo"; die ganze italienische Presse erkennt die Notwendigkeit des deutschen Vorgehens an und verurteilt die törichte Gewalttat Frankreichs.

Der „Matin" bereitet die Oeffentlichkeit Frankreichs auf dies Verhalten Italiens vor, indem er sich folgendes vorsichtig gehaltene Telegramm über die italienische Stimmung geben läßt:

Paris, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin" wird aus Rom gemeldet: Die italienischen politischen Kreise betrachten das Vorgehen Frankreichs mit einer gewissen Befangenheit. (!) Die italienische Regierung sei am Quai d'Orsay dahin vorstellig geworden, doch erst die nützlichen Mittel anzuwenden, ehe man sich zu einem militärischen Vorgehen entschlösse. Es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß durch das übereilte Vorgehen Frankreichs (!) Europa, das die Ruhe so sehr nötig habe, in neue Zuckungen gerät.

Somit steht sich Frankreich zunächst einmal allein. Es hat sich verstiegen und kann nicht zu einem Genuß des billigen, lächerlichen militärischen Erfolges kommen, den ihm seine Militaristen verschafft haben, denn kaum auf dem Gipfel angelangt, beginnt ihm die Schwierigkeit des Rückganges Sorgen zu machen.

Die sonstigen Folgen? Vor Ostern waren hundert französische Franken noch etwas über fünfhundert Mark wert, am 6. April vierhundertfünfzig, am 7. vierhundert. Keine Verbandsmacht hat irgendeinen Grund zu dem Wunsch, die Franzosen als Eroberer bisher unbesetzter deutscher Städte oder die Wiederherstellung geordneter Zustände im deutschen Industriegebiet erschwert zu sehen.

Für Deutschland aber wird trotz der Verurteilung des französischen Gewaltaktes durch die andern Ententeländer nichts übrig bleiben, als ein gewisser moralischer Erfolg, der kaum die Nachteile wird aufwiegen können, die uns der Einmarsch gebracht hat und noch bringt.

Die Anarchie im Vogtland und ihre Lehre

Während die Politik Millerands aus klar erkennbaren, aufs äußerste gesteigerten imperialistischen Interessen alles mögliche tut, um Deutschland der Anarchie und dem Untergang auszuliefern, wächst nicht zuletzt durch diese Schwächung jeder Autorität und Ordnung die Gesetzlosigkeit in einzelnen Gebieten Deutschlands ins Ungemessene. Ganz offen wird dort die bolschewistische Diktatur angestrebt und allen, einschließlich der Unabhängigen, Unterdrückung und Tod angedroht für den Fall, daß sie sich nicht fügen. Wie weit diese Befreier und Erlöser in ihrer Menschlichkeit gehen, zeigt ein Aufruf der um den Kommunisten Hölz Gescharten, die auch Frauen und Kinder gegebenenfalls nicht schonen wollen.

„Die revolutionäre Arbeiterschaft des Vogtlandes und der angrenzenden Gebietsteile" erläßt eine lange Erklärung, in der ausgeführt wird, die revolutionären Arbeiter des Vogtlandes erblickten in der Tatsache, daß die Regierung den Kopfpreis für die Auslieferung von Max Hölz auf 30 000 M. erhöht hat, eine ungeheure Provokation des revolutionären Proletariats, das daraus alle Konsequenzen ziehen werde. Der Einmarsch von Truppen in das Vogtland bedeute den Kampf mit allen Mitteln, Kampf auf Leben und Tod, Kampf bis zum Siege oder bis zur Niederlage, Kampf unter allen Umständen, auch mit den verzweifeltsten Mitteln. Die revolutionäre Arbeiterschaft, die mit dem Leben abgeschlossen habe, werde nicht aus der Welt gehen, ohne den Teil der Bourgeoisie ohne Unterschied des Alters und Geschlechts mitzunehmen, den sie erreichen könne. „Ein Teil der handlichsten Schuß- und Sprengwaffen", so heißt es weiter in dieser Proklamation, „ist in den Händen entschlossener Genossen außerhalb des vogtländischen Gebiets. Diese Genossen haben geschworen, den Tod der revolutionären vogtländischen Arbeiter zu rächen durch Attentate auf die Spitzen der deutschen Bourgeoisie wie auf die bekannten Führer der deutschen Arbeiterbewegung, deren Verrat offenkundig ist. Man hat uns gelehrt, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Voraussetzung ist für den Aufbau der sozialistischen Ordnung. Sollte man versuchen, der vogtländischen Arbeiterschaft den Glauben an den welterlösenden Sozialismus aus den Herzen zu reißen, dann würden die ausgehungerten vogtländischen Arbeiter den einzigen Weg gehen, den zu gehen ihnen übrigbleibt: den Weg in den Tod."

Gestern abend fanden in Plauen vier große Versammlungen statt, in denen plötzlich auch der Kommunistenführer Hölz erschien. Er bezeichnete die Versammlungen als Trauerversammlungen, die gehaltenen Reden als Leichenreden, und erklärte, daß man in einer nachmittags abgehaltenen Versammlung versucht habe, ihn zu erwürgen und ihn zu bestimmen, seine Tätigkeit aufzugeben und sich in das Ausland zu begeben. Sogar falsche Papiere habe man ihm angeboten. Eine eingebrachte Resolution, in der das Vorgehen des Hölz als der Arbeiterschaft schädlich bezeichnet wurde, wurde nach stürmischen Auseinandersetzungen abgelehnt, dagegen eine andre Resolution angenommen, in der die Handlungen des Hölz gebilligt und als dem Interesse der Arbeiterschaft und der Revolution dienend bezeichnet wurde. Die revolutionäre Arbeiterschaft stehe hinter Hölz und decke ihn vollständig.

Da der Aufruf von einer ganzen Reihe von Ortsgruppen der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) unterschrieben ist, so handelt es sich also nicht um die Aktion des Hölz und einiger Unorganisierter, und diese programmatische Erklärung, die sich gegen jeden Eingriff in das Treiben im Vogtlande unter Androhung grausamsten Todes auch gegen die ihnen nicht willfährigen Arbeiterführer, ja gegen jeden ihren Handgranaten, Flinten und Messern erreichbaren Bürger, jeden seiner Angehörigen, gleichviel welchen Alters oder Geschlechts, wendet, ist in ihrer Grausamkeit seit den Tagen Marats nicht wieder erreicht worden.

Charakteristisch erscheint auch die Art, wie Hölz sich mit den Setzern und Druckern der „Neuen Vogtländischen Zeitung" auseinandersetzt, deren Einrichtung er bekanntlich völlig zerstört hat, so daß das gesamte Personal brotlos geworden ist. Nach einem Plauener Bericht hatte Hölz das Personal der „Neuen Vogtl. Ztg." zu einer Besprechung über seine finanzielle Lage ins Kaffeehaus Trömel geladen. In der Versammlung gab Hölz zunächst eine Darstellung der Zerstörung des Betriebes und fragte dann die Versammlungsteilnehmer, ob sie ihm irgendwelche Vorschläge zur Besserung ihrer finanziellen Lage machen könnten. Der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der „Neuen Vogtl. Ztg." gab daraufhin folgende Erklärung ab: „Die heute vormittag stattgefundene Vollversammlung des gesamten Personals der „Neuen Vogtl. Ztg." hat zu der Einladung Hölzens Stellung genommen und gibt in nachstehender Erklärung dem Willen der Gesamtheit Ausdruck: Für den Fall, daß Herr Hölz beabsichtigen sollte, das Personal der „Neuen Vogtl. Ztg." aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entschädigen zu wollen, erklären die Arbeiter, Hilfsarbeiter und Angestellten des genannten Betriebes, daß sie jede Hilfe von seiner Seite ablehnen. Das gesamte Personal der „Neuen Vogtl. Ztg." ist unter keinen Umständen gewillt, den beschrittenen Weg zur Sicherung seiner Existenz zu verlassen." — Im Anschluß hieran fragte der Vorsitzende den Hölz, wie er sich die Pressefreiheit eigentlich denke. Hölz erwiderte, daß er es jetzt bedaure, den Schritt getan zu haben. Aber im Interesse seiner Sache hätte er nicht anders handeln können. — Die Frage des Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, wie Hölz sich eigentlich die Pressefreiheit denke, ist, wie der ganze Vorgang, sehr lehrreich für alle, die irgendwelcher nüchternen Ueberlegung zugänglich sind. Aber sie muß folgerichtig erweitert werden. Wie denken sich diejenigen, die die Diktatur einer Minderheit mit Handgranaten und Messern als einen Akt der „Befreiung" malen und die auf diese Malerei hereinfallen, die Freiheit überhaupt? Wenn erst alle Zeitungen, die den Wildesten nicht passen — und dazu gehören alle, außer etwa einer kleinen Anzahl kommunistischer Blätter —, nach dem Hölzischen Beispiel demoliert wären, dann — ja dann werden Millionen Setzer, Drucker, Hilfsarbeiter, Angestellte, Boten, Trägerinnen auf der Straße liegen. Und dann würde man sie „entschädigen". Auf die Art und mit den Mitteln der Brandschatzungen wie man sie im Vogtlande beliebt. Wie lange? So lange noch etwas zu „enteignen" da ist. Das wird eine kurze Freude sein. Denn die Verblendeten, die in jedem, der noch einen besseren Rock oder ein besohltes Paar Schuhe sehen läßt

http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200409/1
SLUB Wir führen Wissen.